

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Anke Beilstein, Hans-Josef Bracht, Alexander Licht und Elfriede Meurer (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Rechtliche und finanzielle Konditionen bei einem Stopp des Projekts B 50/Hochmoselübergang

Die **Kleine Anfrage 3487** vom 6. April 2011 hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Institution schließt die Verträge zur Auftragsvergabe bei Planung und Bau von Bundesfernstraßen und dem dazu notwendigen Grunderwerb?
2. Welche Institution ist berechtigt, beim Bau von Bundesfernstraßen bestehende Rechtsverpflichtungen gegenüber ausführenden Baufirmen, Planungsbüros oder Grundeigentümern zu lösen, Verträge aufzukündigen oder den Stopp bereits laufender Bauarbeiten zu verfügen?
3. Welche Stelle des Bundes muss den in den vorstehenden Fragen genannten Rechtsgeschäften zustimmen?
4. Zu welchen rechtlichen und finanziellen Bedingungen können die beim Bau der B 50/Hochmoselübergang bereits geschlossenen Verträge gekündigt und ein Baustopp bei im Vollzug befindlichen Projektabschnitten veranlasst werden?
5. Welche staatliche Stelle muss in den hier erfragten Fällen aus ihrem Etat die finanziellen Verpflichtungen tragen?
6. In welcher Höhe ist bei den bestehenden Verträgen und dem erreichten Baufortschritt mit Zahlungsverpflichtungen bei Baustopp und Vertragskündigung zu rechnen?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 29. April 2011 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Verträge für Planungsmaßnahmen werden zwischen dem jeweils zuständigen regionalen Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM) und dem Auftragnehmer geschlossen. Die Verträge für Bau und Grunderwerb werden ebenfalls zwischen dem regionalen LBM und dem Auftragnehmer/Eigentümer geschlossen, wobei der regionale LBM im Rahmen der Auftragsverwaltung als Vertreter des Bundes auftritt.

Zu Frage 2:

Grundsätzlich wäre der jeweilige regionale LBM als Teil der Straßenbauverwaltung des Landes berechtigt, bestehende vertragliche Bindungen zu lösen. Da die Länder die Bundesfernstraßen nach Art. 85 Abs. 3 Grundgesetz im Auftrag des Bundes verwalten, unterstehen sie insoweit der Aufsicht des Bundes und sind seinen Weisungen unterworfen.

Zu Frage 3:

Ab einer Auftragssumme von 5 Mio. € genehmigt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Bauverträge nach einer vergaberechtlichen Prüfung. Für eine Kündigung vertraglicher Bindungen sind keine Zustimmungsvorbehalte oder Genehmigungsrechte des Bundes bekannt.

b. w.

Zu den Fragen 4 bis 6:

Ein Beschluss über einen Baustopp liegt nicht vor. Vertragsgrundlage aller Bauverträge ist die VOB/B (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, Teil B [Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen]). Danach kann der Auftraggeber jederzeit den Bauvertrag kündigen. Dem Auftragnehmer steht dann die vereinbarte Vergütung zu. Er muss sich jedoch anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Kosten ersparen kann.

Da über einen Baustopp nicht entschieden ist, sind Angaben zu möglichen Zahlungsverpflichtungen nicht möglich. Sie würden im Übrigen aufwendige Überprüfungen auf der Grundlage aller einzelnen Verträge je nach Baustand und individueller Beschäftigungslage der Unternehmen erfordern.

Laut Pressemeldungen vom 14. April 2011 hat der Bundesverkehrsminister für den Fall, dass Schadensersatzforderungen aufgrund eines Baustopps geltend gemacht würden, angekündigt, dass diese Forderungen vom Land übernommen werden müssten.

Hendrik Hering
Staatsminister